

Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen

Durchführungsanweisungen

zur zwischenstaatlichen Arbeitsvermittlung
aufgrund der Vermittlungsabsprachen der BA
mit den Arbeitsverwaltungen der Herkunftsländer



Änderungen/Ergänzungen

Die geänderten Passagen sind durch eine Markierung an den Seitenrändern kenntlich gemacht.

| Aktualisierung | DA | Änderungen /Ergänzungen |
|-----------------------|--------------|--|
| Januar 2008 | | Die Überarbeitung ist durch die Änderung der Eckpunkteregelung der Bundesregierung für die Jahre 2008/2009 erforderlich geworden. |
| Juli 2008 | | Änderungen die aufgrund der Unterzeichnung der Erweiterung der Vermittlungsabsprache mit Bulgarien am 17.04.2008 erforderlich geworden sind (nunmehr auch Saisontätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich sowie im Schaustellergewerbe möglich). |
| Februar 2009 | | Erhöhung der Höchstbeschäftigungsdauer für eine Saisontätigkeit von vier auf sechs Monate im Kalenderjahr (Änderung § 18 BeschV zum 1. Januar 2009) |
| | 1.4.111.4.12 | Zulassung für mehrere Beschäftigungsabschnitte |
| April 2009 | 1.4.8a (neu) | Einführung einer „Erklärung für polnische Saisonarbeitskräfte“ in EZ/AV |
| | 1.7.18 | Klarstellung des Begriffes der Verlängerung |
| August 2009 | 1.7.8 | Verfahrensregelung bei der namentlichen Anforderung rumänischer und bulgarischer Arbeitnehmer |
| Februar 2010 | 1.1 | Klarstellung: Staatsangehörigkeit Saisonkräfte |
| | 1.4.16 | Umgang mit Verstößen gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen bzw. Unterkunftsbedingungen |
| | 1.5.1b | Eckpunkteregelung 2010 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| A) Grundlagen..... | 1 |
| 1.1.1 Vermittlungsabsprachen..... | 1 |
| 1.1.2 Saisonarbeiter aus den neuen EU-Mitgliedstaaten..... | 1 |
| 1.1.3 Schaustellergehilfen aus Drittstaaten (Kroatien) nach § 19 BeschV und aus den neuen EU-Mitgliedstaaten..... | 1 |
| 1.1.4 Doppelbeschäftigung..... | 1 |
| 1.1.5 Vermittlung durch BA § 42 BeschV..... | 2 |
| B) Saisonarbeiterbereiche - § 18 BeschV | 2 |
| 1.2.1 Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche..... | 2 |
| 1.2.2 Ausgeschlossene Bereiche..... | 3 |
| C) Schaustellergewerbe - § 19 BeschV - | 4 |
| 1.3.1 Positivabgrenzung..... | 4 |
| 1.3.2 Negativabgrenzung..... | 4 |
| D) Verfahrensregeln im Vermittlungs- und Zulassungsverfahren für Saisonbeschäftigte und Schaustellergehilfen | 5 |
| 1.4.2 Namentliche/ nichtnamentliche (anonyme) Anforderung..... | 5 |
| 1.4.3 Gleichbehandlung von Frauen und Männern..... | 5 |
| 1.4.4 Gesundheitliche Eignung..... | 5 |
| 1.4.5 Altersgrenze..... | 5 |
| 1.4.6 Sozialversicherungspflicht..... | 5 |
| 1.4.7 Sonderregelungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten..... | 6 |
| 1.4.8 Hinweise zur Sozialversicherung für polnische Saisonarbeiter..... | 6 |
| 1.4.8a Zusatzklärung in EZ/AV für polnische Saisonarbeitskräfte..... | 7 |
| 1.4.9 Unterkunft/Verpflegung..... | 7 |
| 1.4.10 Zuständigkeit auf deutscher Seite..... | 7 |
| 1.4.11 Einstellungszusage/ Arbeitsvertrag und Stellenangebot..... | 7 |
| 1.4.12 Vordrucke "Einstellungszusage/ Arbeitsvertrag" (EZ/AV)..... | 8 |
| 1.4.13 Prüfung der Arbeits- und Lohnbedingungen..... | 8 |
| 1.4.14 Praktikanten..... | 8 |
| 1.4.15 Anforderung auf Abruf..... | 8 |
| 1.4.16 Verstöße gegen die Arbeits-, Lohn- und Unterkunftsbedingungen..... | 9 |
| E) Eckpunkteregelung für Saisonarbeiter | 10 |
| 1.5.1 Eckpunkte 2006/2007..... | 10 |
| 1.5.1a Eckpunkte 2008/2009..... | 10 |
| 1.5.1b Eckpunkte 2010..... | 10 |
| 1.5.2 Begriff der „Zulassung“..... | 11 |
| 1.5.3 Stornierungen..... | 11 |
| 1.5.4 Mehrfachanforderung..... | 11 |
| 1.5.5 Kleinbetriebe..... | 11 |
| 1.5.6 Betriebsübergang..... | 11 |
| 1.5.7 Betriebserweiterungen, Betriebsumstellungen..... | 12 |
| 1.5.8 Härtefallregelung..... | 12 |
| 1.5.9 Bildung von Arbeitgebergemein- schaften (insbesondere in der Landwirtschaft)..... | 13 |
| 1.5.10 Landwirtschaftliche Maschinenringe..... | 13 |
| F) Schaustellergehilfen | 14 |
| 1.6.1 Arbeitsmarktprüfung Schaustellergehilfen..... | 14 |
| 1.6.2 Unterbrechung von Beschäftigungszeiten im Schaustellergewerbe..... | 14 |
| G) Zustimmungsverfahren/ Arbeiterlaubnisverfahren-EU und Einbindung der ZAV | 15 |
| 1.7.1 Vermittlungsgebühr..... | 15 |
| 1.7.2 Zustimmung/ Zusicherung auf der EZ/AV..... | 15 |
| 1.7.3 Antragstellung..... | 15 |
| 1.7.4 Weiterleitung der EZ/AV an die ZAV..... | 15 |
| 1.7.5 Fristenüberwachung..... | 15 |
| 1.7.6 Weiterleitung der EZ/AV an die Partnerverwaltung..... | 15 |
| 1.7.7 Weiterleitung der EZ/AV an das ausländische Arbeitsamt..... | 15 |
| 1.7.8 Namentliche Vermittlung polnischer, rumänischer und bulgarischer Saisonarbeiter u. Schaustellergehilfen..... | 16 |
| 1.7.9 Beschäftigungs-aufnahme..... | 16 |
| 1.7.10 Besonderheit bei nichtnamentlicher/ anonymer Vermittlung..... | 16 |

| | | |
|-----------------------|---|----|
| 1.7.11 | Auswahlverfahren bei nichtnamentlicher / anonymer Vermittlung | 16 |
| 1.7.12 | Visum | 16 |
| 1.7.13 | Arbeitsurlaubnis-EU | 17 |
| 1.7.14 | Listenverfahren..... | 17 |
| 1.7.15 | Kurzzeitige Unterbrechungen im Schaustellergewerbe | 18 |
| 1.7.16 | Stornierung..... | 18 |
| 1.7.17 | Rückgabe nicht realisierbarer Stellenangebote | 18 |
| 1.7.18 | Verlängerung der Beschäftigung..... | 18 |
| 1.7.19 | Umvermittlung / Anschlussvermittlung | 18 |
| 1.7.20 | Schnellvermittlung / Ersatzvermittlung für Saisonkräfte | 19 |
| 1.7.21 | Bedingungen Schnellvermittlung..... | 19 |
| 1.7.22 | Verfahrensablauf Schnellvermittlung..... | 19 |
| 1.7.23 | Schnellvermittlung nicht namentlich/ anonym | 19 |
| 1.7.24 | Gebühren bei Ersatzkräftevermittlung..... | 20 |
| 1.7.25 | Berichtstermine | 20 |
| Anlage 1 zu DA 1.4.6 | Fragebogen Versicherungspflicht | 21 |
| Anlage 2 zu DA 1.4.9 | Hinweise Unterkünfte | 22 |
| Anlage 3 zu DA 1.4.12 | BA-EZ/AV-2009 | 23 |
| Anlage 3 zu DA 1.4.12 | BA-EZ/AV-2005 (Polnische Übersetzung) | 24 |
| Anlage 4 zu DA 1.5.1a | Agenturbezirke mit günstiger Arbeitsmarktlage | 25 |
| Anlage 5 zu DA 1.7.3 | Checkliste | 27 |
| Anlage 6 zu DA 1.7.16 | Stornierungsmitteilung (2004)..... | 28 |

A) Grundlagen

1.1

Auszug aus der Beschäftigungsverordnung

§ 18 Saisonbeschäftigungen

Die Zustimmung kann zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken von mindestens 30 Stunden wöchentlich bei durchschnittlich mindestens sechs Stunden arbeitstäglich bis zu insgesamt sechs Monaten im Kalenderjahr erteilt werden, wenn die betreffenden Personen auf Grund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes über das Verfahren und die Auswahl vermittelt worden sind. Der Zeitraum für die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Satz 1 ist für einen Betrieb auf acht Monate im Kalenderjahr begrenzt. Satz 2 gilt nicht für Betriebe des Obst-, Gemüse-, Wein-, Hopfen- und Tabakanbaus.

§ 19 Schaustellergehilfen

Die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung im Schaustellergewerbe kann bis zu insgesamt neun Monaten im Kalenderjahr erteilt werden, wenn die betreffenden Personen auf Grund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes über das Verfahren und die Auswahl vermittelt worden sind.

DA

Vermittlungsabsprachen bestehen mit den Arbeitsverwaltungen der neuen EU-Mitgliedstaaten **Bulgarien, Polen, Rumänien**, der **Slowakischen Republik, Slowenien**, der **Tschechischen Republik** und **Ungarn** sowie mit dem Drittstaat **Kroatien**.

**1.1.1
Vermittlungsabsprachen**

Die Vermittlungsabsprachen regeln das Verfahren, die Auswahl und die Vermittlung von Staatsangehörigen dieser Vertragsstaaten.

Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen, mit dem eine Vermittlungsabsprache getroffen wurden, können nicht als Saisonarbeiter/ Schaustellergehilfen zugelassen werden.

Grundsätzlich gilt während einer Übergangszeit für AN aus den am 01.05.2004 und 01.01.2007 der EU beigetretenen Staaten (nachfolgend neue EU-Mitgliedstaaten genannt) die ASAV weiter. Die Arbeitserlaubnis-EU an Neu-Unionsbürger kann unter den Voraussetzungen der § 1 ASAV i.V. mit § 18 BeschV erteilt werden.

**1.1.2
Saisonarbeiter
aus den neuen EU-
Mitgliedstaaten**

Die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel (Kroatien) / Arbeitserlaubnis-EU zur Ausübung einer Beschäftigung im **Schaustellergewerbe** kann bis zu insgesamt **neun Monaten** im Kalenderjahr erteilt werden, wenn die betreffende Person aufgrund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes über das Verfahren und die Auswahl vermittelt worden ist.

**1.1.3
Schaustellergehilfen
aus Drittstaaten
(Kroatien) nach § 19
BeschV und aus den
neuen EU-
Mitgliedstaaten**

Gemäß § 1 ASAV gilt § 19 BeschV auch für Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Für Staatsangehörige aus Kroatien ist im gleichen Kalenderjahr eine Vermittlung nur nach § 18 BeschV (Saisonarbeiter) oder nach § 19 BeschV (Schaustellergehilfen) möglich (§ 17 Abs. 2 BeschV). Diese Regelung gilt nicht für die neuen EU-Mitgliedstaaten, da vor Inkraft-Treten des ZuwG eine günstigere Regelung galt. Hierbei ist bei einer Kombination einerseits für die Saisonbeschäftigung die Höchstzulassungsdauer nach § 18 BeschV zu beachten. In der Kombination darf die Summe der Beschäftigungszeiten die für Schaustellergehilfen zulässige Höchstzulassungsdauer von neun Monaten nicht überschreiten.

**1.1.4
Doppelbeschäftigung**

Allgemeine Regelungen

Die Arbeitsvermittlung von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen aus dem Ausland und die Anwerbung im Ausland außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (Kroatien) oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum für eine Beschäftigung im Inland darf nur von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt werden (§ 42 BeschV).

1.1.5
Vermittlung durch BA
§ 42 BeschV

B) Saisonarbeitnehmerbereiche - § 18 BeschV

1.2

In Anlehnung an die Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes sind folgende Wirtschaftsklassen für die Vermittlung von Saisonarbeitnehmern nach der BeschV zugelassen:

1.2.1
Abgrenzung der
Wirtschaftsbereiche

LANDWIRTSCHAFT

Landwirtschaft

Pflanzenbau

Ackerbau

- Getreidebau
- Allgemeiner Ackerbau

Gartenbau

- Gemüsebau
- Zierpflanzenbau
- Baumschulen
- Allgemeiner Gartenbau

Dauerkulturbau

- Obstbau
- Weinbau
- Allgemeiner Gartenbau

Tierhaltung

Haltung von Rindern

- Milchviehhaltung
- Gemischte Rindviehhaltung
- Gemischte Weideviehhaltung

Haltung von Schafen, Ziegen, Pferden und Eseln

Haltung von Schweinen

Haltung von Geflügel

Sonstige Tierhaltung

Gemischte Landwirtschaft

Gemischte Landwirtschaft

- Gemischte Landwirtschaft ohne ausgeprägten Schwerpunkt
- Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Pflanzenbau
- Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Tierhaltung

Erbringung von Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe sowie von gärtnerischen Dienstleistungen

- Erbringung von Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe im Pflanzenbau
- Garten- und Landschaftsbau
- Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen

Erbringung von Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe in der Tierhaltung

Erläuterung:

§ 18 BeschV sieht keine Einschränkungen auf **saisontypische Arbeiten** bzw. **Ernteeinsätze** in der Landwirtschaft vor. Der Ordnungsgeber hatte stattdessen die Einsatzmöglichkeit von ausländischen Arbeitnehmern auf 8 Monate im Kalenderjahr befristet und damit die Arbeitseinsätze auf saisonale Spitzenzeiten beschränkt. Auf das Erfordernis der Prüfung des saisonalen Charakters der Tätigkeit wurde verzichtet. Der Begriff **saisontypische Arbeiten** ist in der Verordnung nicht aufgenommen worden. Dies bedeutet, dass der Einsatz von **Saisonarbeitnehmern** auch für andere nicht saisonabhängige Beschäftigungen nicht ausgeschlossen werden kann. Da der **Handel** nicht zu den zugelassenen Wirtschaftszweigen zählt, ist allerdings für den Bereich der Landwirtschaft die nicht der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe zuzurechnende Beschäftigung im **Bereich des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte (Handel) ausgeschlossen**.

Das gleiche gilt auch für Tätigkeiten die üblicherweise vom **Speditionsgewerbe** ausgeführt werden.

Laufende Ausbesserungsarbeiten, die der ordnungsgemäßen Instandhaltung landwirtschaftlicher Gebäude dienen, fallen unter den Begriff der **landwirtschaftlichen Arbeiten**, sofern die landwirtschaftlichen Unternehmen diejenigen sind, die die Verantwortung für die Art und das Ausmaß der Arbeit tragen, die Arbeiten von verhältnismäßig geringem Umfang sind und sich nicht über längere Zeit hinziehen. Übersteigen allerdings die Ausbesserungsarbeiten die Kapazität des landwirtschaftlichen Unternehmens, so können diese als gewerbsmäßige Arbeiten (z. B. Bauarbeiten) nicht mehr der Landwirtschaft zugeordnet werden.

FISCHEREI UND FISCHZUCHT

Die Fischerei und Fischzucht ist ein eigenständiger Wirtschaftsabschnitt und kann nicht der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet werden.

**Fischerei und
Fischzucht**

FORSTWIRTSCHAFT

Forstwirtschaft
Erbringung von Dienstleistungen auf der forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe

Forstwirtschaft

OBST- UND GEMÜSEVERARBEITUNG

Verarbeitung von Kartoffeln
Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften
Herstellung von Wein aus frischen Trauben
Herstellung von Apfelwein und sonstigen Fruchtweinen
Verarbeitung von Obst und Gemüse
Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven
Herstellung von Sauerkonserven
Herstellung von Konfitüren und von Brotaufstrichen auf Fruchtbasis

**Obst- und Gemüsever-
arbeitung**

SÄGE-, HOBEL- UND HOLZIMPRÄGNIERWERKE FURNIER-, SPERRHOLZ-, HOLZFASERPLATTEN- UND HOLZSPANPLATTENWERKE SOWIE KAMINHOLZHERSTELLUNG

Säge-, Hobelwerke

HOTEL- UND GASTSTÄTTENGEWERBE

Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garni

Sonstige Beherbergungsgewerbe

Jugendherbergen und Hütten
Campingplätze
Beherbergungsgewerbe
Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime
Ferienzentren
Ferienhäuser und Ferienwohnungen
Privatquartiere
Sonstiges Beherbergungsgewerbe

Restaurants, Cafes, Eisdiele und Imbisshallen

Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
Restaurants mit Selbstbedienung
Cafes
Eisdiele
Imbisshallen

Sonstiges Gaststättengewerbe

Schankwirtschaften
Trinkhallen

Kantinen und Caterer

Folgende Bereiche sind ausgeschlossen

- **Absatz-(Handels-)Genossenschaften der Land- und Forstwirtschaft sowie der Obst- und Gemüseverarbeitung!**
- **Verkaufstätigkeiten für die Eigenvermarktung!**
- **Nachtclubs, Bars und Vergnügungslokale!**

**Hotel-, Gaststättenge-
werbe**

**1.2.2
Ausgeschlossene
Bereiche**

C) Schaustellergewerbe - § 19 BeschV -

1.3

Schausteller ist, wer

**1.3.1
Positivabgrenzung**

1. mit einer oder mehreren Betriebsstätten,
2. auf Volksfesten, Jahrmärkten, Kirmessen, Schützenfesten, Kirchweihen und ähnlichen Veranstaltungen,
3. mit nach äußerer Aufmachung und Gestaltung volksfesttypischen Geschäften aus den Bereichen
 - a. Fahrgeschäfte
 - b. Verkaufsgeschäfte
 - c. Zeltgaststätten, Imbiss und Ausschank
 - d. Schau- und Belustigungsgeschäfte
 - e. Schießgeschäfte
 - f. Ausspielungsgeschäfte

ausschließlich oder überwiegend seine Reisegewerbetätigkeit an wechselnden Orten ausübt.

Darunter fallen auch Zirkusunternehmen.

Keine Schausteller im Sinne dieser Definition sind zum Beispiel:

**1.3.2
Negativabgrenzung**

1. Hilfsdienste, Lieferanten und Verleiher, die lediglich Serviceleistungen für Schaustellerbetriebe leisten, wie z.B. Zeltverleiher,
2. Betreiber stationärer Gaststätten, die nur gelegentlich anlässlich von Volksfesten eine Zeltgaststätte betreiben, ansonsten nicht als Schausteller tätig sind,
3. Markthandel, der ausschließlich auf Verkaufsveranstaltungen ohne Volksfestcharakter ausgeübt wird.

D) Verfahrensregeln im Vermittlungs- und Zulassungsverfahren für Saisonbeschäftigte und Schaustellergehilfen

1.4

Arbeitgeber können sowohl ihnen namentlich bekannte Arbeitnehmer anfordern (namentliche Anforderung) als auch die Vermittlung nicht namentlich bekannter Arbeitnehmer veranlassen (nichtnamentliche oder anonyme Anforderung). Bei namentlichen Anforderungen aus Kroatien ist zu prüfen, ob ein Versagungsgrund nach § 42 BeschV vorliegt.

**1.4.2
Namentliche/
nichtnamentliche
(anonyme) Anforderung**

Das Stellenangebot ist grundsätzlich geschlechtsneutral entgegenzunehmen.

**1.4.3
Gleichbehandlung von
Frauen und Männern**

Eine gesundheitliche Untersuchung der angeforderten Arbeitnehmer im Heimatland erfolgt nicht zwingend. Das Risiko einer Fehlvermittlung aus gesundheitlichen Gründen geht zu Lasten des Arbeitgebers.

**1.4.4
Gesundheitliche
Eignung**

Eine Altersgrenze für die Bewerber ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Die Partnerarbeitsverwaltungen akzeptieren jedoch keine Bewerber, die jünger als 18 Jahre sind.

**1.4.5
Altersgrenze**

Während der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen die ausländischen Arbeitnehmer grundsätzlich der deutschen Sozialversicherungspflicht in der Kranken-, Renten-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Mit Ausnahme der Unfallversicherung besteht in der Sozialversicherung allerdings dann keine Versicherungspflicht, wenn die Beschäftigung – unter Anrechnung von Beschäftigungszeiten in anderen EU-Mitgliedstaaten - innerhalb eines Kalenderjahres nicht mehr als zwei Monate oder 50 Arbeitstage beträgt und sie nicht berufsmäßig ausgeübt wird. Berufsmäßigkeit liegt insbesondere nicht vor bei einer Beschäftigung von Schülern, Studenten, Hausfrauen, Selbständigen, Rentnern (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV).

**1.4.6
Sozialversicherungspflicht**

Zum Nachweis der Versicherungsfreiheit hat der Arbeitnehmer den Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht/-freiheit beim Arbeitgeber vorzulegen (Muster der deutschsprachigen Fassung siehe **Anlage 1**). Diese von der Deutschen Rentenversicherung Bund herausgegebenen Fragebogen werden den ausländischen Saisonarbeitnehmern von den Heimatarbeitsämtern im Entsendeland ausgehändigt. Polnische Arbeitnehmer erhalten diese ggf. vom Arbeitgeber. Der Fragebogen ist in der polnischen Fassung im Internet unter www.arbeitsagentur.de → Unternehmen → Arbeitskräftebedarf → Beschäftigung → Ausländer → Saisonarbeiter / Schaustellergehilfen abrufbar.

Soweit kein Krankenversicherungsschutz besteht, hat der Arbeitgeber - wie im Vordruck EZ/AV vorgesehen - auf seine Kosten eine der gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbare private Krankenversicherung abzuschließen. Andernfalls trägt der Arbeitgeber das volle finanzielle Risiko im Krankheitsfalle.

Im Hinblick auf einen sachgerechten Versicherungsschutz (Übernahme der anfallenden medizinischen Behandlungskosten) im Falle eines Unfalls (insbesondere Arbeitsunfall) ist darauf zu achten, dass die jeweiligen Versicherungsbedingungen keinen Leistungsabschluss / keine Leistungsbegrenzung in diesem Falle vorsehen.

Für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten gelten hinsichtlich des Sozialversicherungsschutzes die Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71. Diese Vorschriften sehen vor, dass für einen Arbeitnehmer grundsätzlich nur die Rechtsvorschriften eines Staates gelten. Sind Arbeitnehmer während ihrer Tätigkeit in Deutschland auch in ihrem Wohnstaat beschäftigt, unterliegen sie dann auch hinsichtlich der während eines bezahlten Urlaubs in Deutschland ausgeübten Tätigkeit den Rechtsvorschriften ihres Wohnstaates.

Dies gilt auch hinsichtlich der dann dort gegebenenfalls bestehenden Versicherungs- und Beitragspflicht. Eine Sozialversicherungspflicht in Deutschland besteht in diesem Fall nicht.

Die Anwendung der Rechtsvorschriften des Wohnstaates ist durch die Vorlage des Vordruckes E 101 nachzuweisen. Damit der Arbeitnehmer bei einer Erkrankung in Deutschland Sachleistungen in Anspruch nehmen kann, benötigt er vom zuständigen Träger seines Wohnstaates eine Anspruchsbescheinigung (z. B. die European Health Insurance Card – EHIC).

Sofern die Beschäftigung in Deutschland von Personen durchgeführt wird, die in ihrem Wohnstaat selbständig sind, gilt die Sonderregelung des Art. 14a VO (EWG) Nr. 1408/71. Der Nachweis, dass für diese Personen weiterhin die Rechtsvorschriften des Wohnstaates gelten, erfolgt auch in diesem Fall mit dem Vordruck E 101. Um Sachleistungen bei einer Erkrankung in Deutschland in Anspruch nehmen zu können, wird auch in diesem Fall eine Anspruchsbescheinigung des Wohnortträgers benötigt.

Für die Sozialversicherungspflicht polnischer Arbeitnehmer gelten gesonderte Absprachen. Hierzu wird auf das Informationsangebot der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland (www.dvka.de) verwiesen.

Bei den deutsch-polnischen Konsultationsgesprächen am 9.2.2006 hat die polnische Seite erklärt, dass die zuständige polnische Sozialversicherungsanstalt (ZUS) zum Nachweis des Versicherungsstatus polnischer Saisonarbeiter in Zukunft wie folgt verfahren wird:

Stellt ein polnischer Saisonarbeiter einen Antrag auf Ausstellung des Vordrucks E 101 (Nachweis der Versicherungspflicht in Polen) und liegen die Voraussetzungen hierfür nicht vor, so erhält der Antragsteller eine allgemeine schriftliche Mitteilung zur Versicherungspflicht von Saisonarbeitern.

Diese weist einleitend darauf hin, für welche Personengruppen die polnischen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit während einer Saisonarbeit in Deutschland gelten und welche Unterlagen die polnische Sozialversicherungsanstalt für die Ausstellung des Vordrucks E 101 benötigt. Anschließend wird in der Mitteilung darauf hingewiesen, dass für bestimmte Personengruppen wie Arbeitslose, Studenten, Rentner oder Arbeitnehmer, die während ihres unbezahlten Urlaubs eine Saisonarbeit in Deutschland ausüben, das deutsche Recht Anwendung findet und für diese Personen der Vordruck E 101 nicht ausgestellt werden kann.

Legt ein Saisonarbeiter die genannte Mitteilung vor, bedeutet dies, dass er entweder die erforderlichen Unterlagen für die Ausstellung des Vordrucks E 101 (noch) nicht beigebracht hat oder er zu einer Personengruppe gehört, für die nicht die polnischen, sondern die deutschen Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit während der Saisonarbeit in Deutschland gelten. Eine völlige Rechtssicherheit über den sozialversicherungsrechtlichen Status des Saisonarbeiters wird damit jedoch nicht erreicht, da sich dieser nach Versendung der Mitteilung geändert haben kann.

Die Rentenversicherungsträger beraten in Einzelfällen.

1.4.7 Sonderregelungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU- Mitgliedstaaten

1.4.8 Hinweise zur Sozialversicherung für polnische Saisonarbeiter

Auf der Rückseite der Lieferung der EZ/AV (Stand 2009) wurde auf Veranlassung des BMAS eine „Erklärung für polnische Saisonarbeitskräfte“ in deutscher und polnischer Sprache aufgenommen.

Mit dem Zusatz auf der EZ/AV erklärt der polnische Saisonarbeitnehmer entweder im Besitz einer Bescheinigung E 101 zu sein oder in Polen in keinem Beschäftigungsverhältnis zu stehen, keine selbständige Tätigkeit und keine Tätigkeit in der Landwirtschaft auszuüben und nicht im Besitz des Formblatts E 101 zu sein. Die Erklärung trägt zu mehr Rechtssicherheit und Klarheit bei, da mit Hilfe dieser Erklärung dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Einordnung erleichtert wird, ob das Beschäftigungsverhältnis deutschem oder polnischem Sozialversicherungsrecht unterliegt.

Bei Fragen zu dieser Zusatzklärung wenden Sie sich bitte an Herrn Bruno Barth vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Vla3@bmas.bund.de).

Es sind ab sofort ausschließlich EZ/AV mit dem Stand 2009 zu verwenden.

Der Arbeitgeber hat von sich aus eine angemessene Unterkunft für den Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen bzw. dafür Sorge zu tragen. Für die Unterbringung der Arbeitnehmer müssen feste Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Die Unterkunft muss den örtlichen bauordnungs- und brandschutzrechtlichen Vorschriften entsprechen (das gilt auch für die Aufstellung von Containern zur Unterbringung von Arbeitnehmern). Das Vorliegen dieser Voraussetzungen kann sich die Agentur für Arbeit durch Vorlage einer Baugenehmigung oder entsprechenden Bestätigung der Bauordnungsbehörde nachweisen lassen. Auf den bauordnungsrechtlichen Nachweis kann (im Einzelfall) verzichtet werden, wenn der Arbeitgeber plausibel nachweist, dass die Unterbringung offensichtlich den Standards der Unterkunftsrichtlinie entspricht.

Die Bereitstellung von Zelten / Reisemobilen ist nicht zulässig.

Weitere Hinweise zu den Anforderungen an Unterkünfte für ausländische Arbeitnehmer siehe **Anlage 2**.

Diese Anforderungen müssen bei Eintreffen des Arbeitnehmers gewährleistet sein.

Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung dürfen die Sachbezugswerte nach der [Sozialversicherungsentgeltverordnung](#) nicht überschreiten.

Zuständig für die Vermittlung auf deutscher Seite sind die Stellenangebot führende Agentur für Arbeit und die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) in Bonn. Die ZAV wirkt im Verhältnis zu den Arbeitsverwaltungen der Herkunftsländer als Clearingstelle innerhalb der Bundesagentur für Arbeit (BA).

EZ/AV werden nur als Stellenangebote erfasst, wenn sie über die durch die Eckpunkte-regelung garantierten Zusagen/Zahlen hinausgehen.

In diesen Fällen ist eine Arbeitsmarktprüfung durchzuführen.

Innerhalb der Zusagen sollten jedoch zusätzlich solche Stellenangebote erfasst werden, die auf einer nichtnamentlichen Anforderung des Arbeitgebers beruhen.

Sobald bekannt wird, dass das Stellenangebot seine Erledigung gefunden hat (zum Beispiel bei Mitteilung über die Einreise des Arbeitnehmers und Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU), ist es abzuschließen.

1.4.8a Zusatzklärung in EZ/AV für polnische Saisonarbeitskräfte

1.4.9 Unterkunft/Verpflegung

1.4.10 Zuständigkeit auf deutscher Seite

1.4.11 Einstellungszusage/ Arbeitsvertrag und Stellenangebot

In einer Anforderung kann die Zulassung von Saisonkräften für **mehrere Beschäftigungsabschnitte innerhalb eines Kalenderjahres** beantragt werden. Die Beschäftigungsabschnitte dürfen in der Summe den rechtlich zulässigen Zeitraum von 6 Monaten im Kalenderjahr nicht überschreiten und sind in den dafür vorgesehenen Feldern in der EZ/AV anzugeben. Sofern ein Arbeitnehmer für mehr als zwei Beschäftigungsabschnitte im Kalenderjahr tätig werden soll, sind die weiteren Zulassungszeiträume auf weiteren EZ/AV anzugeben. Wenn bei mehreren Beschäftigungsabschnitten für denselben Arbeitnehmer zeitgleich mehrere EZ/AV eingereicht werden, sind diese zusammengeheftet an die ZAV zu übersenden. In diesem Fall wird die Vermittlungsgebühr (60 €) nur einmal fällig, unabhängig davon, wie viele Beschäftigungsabschnitte beantragt werden und wie lange der Zeitraum zwischen zwei Beschäftigungsabschnitten andauert.

Mehrere Beschäftigungsabschnitte

Werden von einem Arbeitgeber die verschiedenen Beschäftigungsabschnitte zu verschiedenen Zeitpunkten beantragt, wird für jede EZ/AV eine Gebühr fällig.

Beispiel 1:

Arbeitgeber reicht am 2. Januar eine EZ/AV in zusammengefasster Form für denselben Arbeitnehmer für die Beschäftigungszeiträume 1. bis 30. April sowie 1. bis 15. Juni ein. In diesem Fall wird nur eine Gebühr von 60 € fällig.

Beispiel 2:

Arbeitgeber reicht am 2. Januar eine EZ/AV für den Zeitraum 1. bis 30. April ein. Er reicht für denselben Arbeitnehmer am 1. Februar eine EZ/AV für den Zeitraum 1. bis 15. Juni ein. In diesem Fall werden zwei Gebühren zu je 60 € fällig, da zwei Mal Bearbeitungsaufwand entsteht.

Wird dieselbe Person für einen weiteren Beschäftigungsabschnitt im Kalenderjahr angefordert, wird diese auf die Höchstbeschäftigungszahlen nach der Eckpunkteregelung **nur einmal** angerechnet (s. auch **Zulassungsbegriff – Mehrfachanforderungen**).

Für das Vermittlungsverfahren wurde der Vordruck "Einstellungszusage/ Arbeitsvertrag (EZ/AV)" entwickelt. Ein Muster ist beigelegt (**Anlage 3**). Der Vordruck EZ/AV ist für das Vermittlungsverfahren verbindlich. Es handelt sich um maschinenlesbare Vordrucke mit einer Durchschrift für den Arbeitgeber.

**1.4.12
Vordrucke
"Einstellungszusage/
Arbeitsvertrag" (EZ/AV)**

Neben der Arbeitsmarktprüfung haben die Agenturen für Arbeit die Arbeits- und Lohnbedingungen zu prüfen. Sie müssen dem einschlägigen Tarifvertrag entsprechen bzw. ortsüblich sein. Bei Akkordarbeit sind die Akkordsätze so zu bemessen, dass ein vollwertiger Arbeitnehmer bei normalem Können und durchschnittlicher Leistung 20 % über dem jeweiligen tariflichen Zeitlohn gleichartiger Arbeitnehmer verdienen kann.

**1.4.13
Prüfung der Arbeits-
und Lohnbedingungen**

Praktikantenvermittlungen sind auf der Grundlage der §§ 18 und 19 BeschV nicht zugelassen.

**1.4.14
Praktikanten**

Wenn der Beschäftigungsbeginn z. B. vom Witterungsverlauf abhängt und daher zum Zeitpunkt der Anforderung noch nicht exakt angegeben werden kann, ist auch ohne Nennung konkreter Daten eine Anforderung "ab Tag der Anreise" oder "auf Abruf" für die Dauer von --- Tagen/Wochen/Monaten möglich. In diesen Fällen ist davon auszugehen, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über den Arbeitsantritt verständigen.

**1.4.15
Anforderung auf Abruf**

Im Stellenangebot (SteA) ist der voraussichtliche Beschäftigungszeitraum zu erfassen. Bei Anforderungen auf Abruf bzw. ab Tag der Anreise erfasst die ZAV einen fiktiven Beschäftigungszeitraum und überwacht damit die Einhaltung der Höchstbeschäftigungsdauer von sechs bzw. neun Monaten.

Sofern ausländische Arbeitnehmer vermittelt werden und ihnen eine Zustimmung zum Aufenthaltstitel erteilt bzw. eine Arbeitserlaubnis-EU zugesichert und erteilt wird, erfolgt dies aufgrund der Angaben des Arbeitgebers zu den Arbeits- und Lohnbedingungen im Vordruck *Einstellungszusage/ Arbeitsvertrag* und den in dem Merkblatt für Arbeitgeber bekanntgegebenen Unterkunftsbedingungen

**1.4.16
Verstöße gegen die
Arbeits-, Lohn- und
Unterkunftsbe-
dingungen**

Wenn festgestellt wird, dass diese Bedingungen seitens des Arbeitgebers nicht eingehalten wurden, kann die Agentur für Arbeit die Zustimmung zum Aufenthaltstitel bzw. die zugesicherte oder erteilte Arbeitserlaubnis-EU ablehnen bzw. unter den Voraussetzungen der § 7 Abs. 1 ArGV / § 41 AufenthG widerrufen.

Darüber hinaus können falsche Angaben als Ordnungswidrigkeit verfolgt und mit einer Geldbuße geahndet werden (§ 404 Abs. 2 Nr. 5 SGB III).

Die mit den beteiligten Herkunftsländern abgeschlossenen Vermittlungsabsprachen weisen gem. Ziffer 8 auf die Möglichkeit des Ausschlusses durch die jeweilige kooperierende Arbeitsverwaltung im Herkunftsland hin.

Die Ahndung von Verstößen bzw. des befristeten Ausschlusses von Arbeitgebern aus dem Vermittlungsverfahren soll in Abstimmung/ Absprache der Agentur für Arbeit mit der ZAV im Rahmen der folgenden Zuständigkeiten erfolgen:

**Zusammenarbeit AA
und ZAV**

Zuständig für die Überprüfung einer Beschwerde oder eines Hinweises auf einen möglichen Verstoß, die abschließende Entscheidung über etwaige Sanktionen für die betroffenen Betriebe sowie deren Durchführung, ist die Agentur für Arbeit, die für die Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU bzw. Zustimmung zum Aufenthaltstitel zuständig ist.

Zuständigkeit der AA

Über das Prüfergebnis bzw. sich daraus ergebende Sanktionen ist die ZAV zeitnah per E-Mail zu informieren: Organisationspostfach ZAV-Bonn.Saisonarbeiter@arbeitsagentur.de

Auf der Grundlage der Mitteilung der Agentur für Arbeit überwacht die ZAV, dass für zukünftige Saison- oder Schaustellerbeschäftigungen bei dem/n benannten Arbeitgeber/n weitere Anforderungen (namentlich und anonym) auf Basis der *Einstellungszusage/Arbeitsvertrag* nicht zugelassen werden. Die ZAV erfasst außerdem anhand der Meldungen durch die Agenturen für Arbeit die Anzahl der Verstöße sowie deren Gründe statistisch.

Zuständigkeit der ZAV

Des Weiteren nehmen ZAV und Agentur für Arbeit zeitnah die relevanten Eintragungen in der Zentralen Betriebe-Datenbank (zBtr) vor.

Erfassung in zBtr

Eine erneute Zusicherung / Zustimmung darf seitens der Agentur für Arbeit erst erfolgen, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, dass die Verstöße behoben sind bzw. bei den Beschäftigungsverhältnissen alle rechtlichen Voraussetzungen eingehalten werden. Auch über die Wiedezulassung gibt die Agentur für Arbeit der ZAV per E-Mail an das Organisationspostfach: ZAV-Bonn.Saisonarbeiter@arbeitsagentur.de eine Information.

**Wiedezulassung des
Arbeitgebers**

E) Eckpunkteregelung für Saisonarbeitnehmer

1.5

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat für die **Jahre 2006 und 2007** folgende Eckpunkte festgelegt:

1.5.1
Eckpunkte 2006/2007

1. Für jeden Betrieb werden mittel- und osteuropäische Beschäftigte in Höhe von **80%** der Zulassungen des Jahres 2005 ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender zur Beschäftigung zugelassen. Weitere Zulassungen mittel- und osteuropäischer Saisonbeschäftigter werden nur bewilligt, soweit für die Tätigkeiten keine inländischen Arbeitsuchenden vermittelt werden können. Durch die weitere Zulassung darf die Zahl der in dem Betrieb insgesamt beschäftigten mittel- und osteuropäischen Saisonarbeitnehmer **90%** der Zulassungen des Jahres 2005 nicht überschreiten. Ergeben sich bei der Berechnung Zehntelanteile, ist dieser Anteil ab einem Wert von 0,5 auf die nächste Zahl aufzurunden.
2. Für Kleinbetriebe bleibt die Zahl der Zulassungen mittel- und osteuropäischer Saisonbeschäftigter, die ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender zugelassen wird, auf höchstens vier mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer im Jahr begrenzt (**Kleinbetrieberegulung**).
3. Geht ein Betrieb oder Betriebsteil durch Rechtsgeschäft auf einen anderen Inhaber über, so tritt dieser in die Rechte aus Nummer 1 ein (**Regelung zum Betriebsübergang**).

Für die Jahre **2008 und 2009** wurde auf Grund einer Weisung des BMAS festgelegt:

1.5.1a
Eckpunkte 2008/2009

1. Am Ziel der verstärkten Vermittlung von inländischen Arbeitsuchenden wird festgehalten.
2. Dabei gilt die Maßgabe, dass abweichend von den bisherigen Regelungen in Arbeitsagenturbezirken, in denen die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen, im Oktober 2007 mindestens 20 % unter dem Bundesdurchschnitt gelegen hat (Arbeitsagenturen mit günstiger Arbeitsmarktlage), 90 % der im Jahr 2005 zugelassenen mittel- und osteuropäischen Saisonkräfte ohne individuelle Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender bewilligt werden. Bei Betriebserweiterungen und bei einem Einstieg in den personalintensiven Sonderkulturanbau ist bei Arbeitsagenturen mit günstiger Arbeitsmarktlage ebenfalls 90 % des Mehrbedarfs ohne Vorrangprüfung zuzulassen. Die Kleinbetrieberegulung und Härtefallregelung finden in diesen Arbeitsagenturbezirken weiter unverändert Anwendung. Die Arbeitsagenturen, die wegen günstiger Arbeitsmarktlage unter diese Regelung fallen, sind der Tabelle gemäß **Anlage 4** zu entnehmen.
3. Die Bundesagentur für Arbeit trifft eine Vermittlungsabsprache mit der bulgarischen Arbeitsverwaltung über die Vermittlung bulgarischer Saisonkräfte für die Landwirtschaft und den Gartenbau (Anmerkung: vgl. DA 1.4.1).

Das BMAS hat durch Weisung gem. § 288 Abs. 2 SGB III u. § 42 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz festgelegt, dass die für die Jahre 2008 und 2009 geltende Eckpunkteregelung unverändert für das Jahr 2010 fortgeführt wird.

1.5.1b
Eckpunkte 2010

Die vorgenannten Eckpunkteregelungen werden nach folgenden Maßgaben umgesetzt:

I. Begriff der Zulassung

Unter dem Begriff der Zulassung im Sinne der Eckpunkteregelung ist die Zusicherung der Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU gem. § 284 SGB III bzw. die Zustimmung zur Visumserteilung gem. § 39 AufenthG auf dem Vordruck EZ/AV und die Weiterleitung der EZ/AV an die ZAV zu verstehen.

1.5.2 Begriff der „Zulassung“

Der zeitliche Umfang der Arbeitsmarktzulassung bleibt für den Zulassungsbegriff außer Betracht, d.h. es ist unerheblich, ob der Einsatz für 14 Tage oder 4 Monate erfolgt.

Bei Ermittlung der Höchstzulassungszahl ist die Zahl der Zulassungen für eine Beschäftigung im Jahr 2005 zugrunde zu legen. Dies gilt auch dann, wenn die Zulassung im o.g. Sinne bereits im Jahr 2004 erfolgte.

Ersatzkräfte nach Stornierungen werden wie folgt berücksichtigt: Bei einer Teilstornierung (Saisonkraft bricht Beschäftigung nach Arbeitsantritt ab) wird eine Ersatzkraft als weitere Zulassung gezählt. Bei einer Vollstornierung (Saisonkraft tritt Arbeit nicht an) wird eine Ersatzkraft nicht als weitere Zulassung gezählt.

1.5.3 Stornierungen

Mehrere Anforderungen derselben Person in einem Kalenderjahr zählen nur als **eine** Zulassung.

1.5.4 Mehrfachanforderung

II. Kleinbetriebsregelung

Die Zulassung von Saisonarbeitskräften nach der Kleinbetriebsregelung setzt nicht voraus, dass der Arbeitgeber in 2005 einen Antrag auf Arbeitsmarktzulassung gestellt hat. Die Kleinbetriebsregelung ist auch dann anwendbar, wenn der Arbeitgeber bisher keine Saisonarbeitskräfte beschäftigt hat.

1.5.5 Kleinbetriebe

III. Regelung zum Betriebsübergang

Bei einem rechtsgeschäftlichen Betriebsübergang gelten folgende Maßgaben:

1.5.6 Betriebsübergang

Anhand der Eckpunkteregelung ist die Höchstzulassungszahl für jeden einzelnen Betrieb gesondert zu ermitteln.

Geht nur der Teil eines Betriebes über, richtet sich die Zahl der zulassungsfähigen Saisonarbeitskräfte, die auf den Erwerber übergeht, nach den Vereinbarungen zwischen den Parteien.

Sofern keine Vereinbarung getroffen wurde, richtet sich die übergehende Zulassungszahl nach dem Flächenanteil, der auf den Erwerber übertragen wird. Der Nachweis über den übergegangenen Flächenanteil ist vom Antragsteller zu führen. Er kann durch ein Fachgutachten der Landwirtschaftskammern oder der Landwirtschaftsämter geführt werden.

In allen Fällen darf die vor dem Betriebsübergang geltende Gesamt-Höchstzulassungszahl nicht überschritten werden.

IV. Informationen zum Verfahren bei Betriebserweiterungen/-umstellungen

Die Eckpunkterege lung für die Jahre 2006 und 2007 sieht eine Zulassung ausländischer Saisonarbeitskräfte im Fall von Betriebserweiterungen ausdrücklich nur nach Maßgabe der dortigen Ziffer 3 vor. Im Fall einer sonstigen Erweiterung der Anbauflächen oder eines Einstiegs in den personalintensiven Sonderkulturanbau ist in entsprechender Weise zu verfahren:

Sofern einzelne Betriebe plausibel begründen, dass sich insbesondere auf Grund nachgewiesener sonstiger Erweiterungen der Anbauflächen, des Anbaus personalintensiver Sonderkulturen oder durch die Umstellung von konventionellem Anbau auf ökologische Anbaumethoden ein Mehrbedarf an Arbeitskräften gegenüber dem Jahr 2005 ergibt, bitte ich, flexibel auf den zusätzlichen Bedarf einzugehen und ihn in der generellen Weise nach den Eckpunkten lösen zu helfen.

Der Nachweis eines erhöhten Arbeitskräftebedarfs kann durch ein Fachgutachten der Landwirtschaftskammern oder der Landwirtschaftsämter geführt werden. Der Mehrbedarf wird danach auch in diesen Fällen im Verhältnis von 80 Prozent mit ausländischen Saisonbeschäftigten ohne Vorrangprüfung, für weitere 10 Prozent mit ausländischen Saisonkräften nach Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitsuchender sowie zu 10 Prozent durch Vermittlung inländischer Arbeitskräfte gedeckt. Aufgrund der Eckpunkterege lung 2008/2009 kann in Arbeitsagenturbezirken mit günstiger Arbeitsmarktlage (siehe 1.5.1 a) ebenfalls 90 % des durch Betriebserweiterungen / -umstellungen ausgelösten Mehrbedarfs ohne Vorrangprüfung zugelassen werden.

Die Arbeitgeber sind gehalten, sich rechtzeitig und intensiv um eine anteilige Deckung ihres Arbeitskräftebedarfs vom inländischen Arbeitsmarkt zu bemühen. Dabei werden sie aktiv von den Agenturen für Arbeit unterstützt.

V. Härtefallregelung

Härtefalllösungen kommen in solchen Einzelfällen in Betracht, in denen trotz nachdrücklicher seriöser Anstrengung aller Seiten eine Inländerquote von 10 Prozent nicht erreicht werden kann. Die Anerkennung einer solchen Härte setzt insbesondere voraus, dass der Kräftebedarf frühzeitig vor dem beabsichtigten Beschäftigungsbeginn bei der Agentur für Arbeit angezeigt wurde, der Arbeitgeber bei der Gewinnung inländischer Kräfte konstruktiv mitgewirkt hat und eine nochmalige Suche nach geeigneten bevorrechtigten Bewerbern ergebnislos geblieben ist.

Für die Zulassungen, die über die garantierte Größenordnung hinausgehen, und damit der Arbeitsmarktprüfung unterliegen, wird wegen der erforderlichen Prüfung der Vermittlung Bevorrechtigter auf die DA zum Aufenthaltsgesetz verwiesen (DA 1.39.213 ff.).

1.5.7 Betriebserweiterungen, Betriebsumstellungen

1.5.8 Härtefallregelung

VI. Arbeitshilfe zur Förderung der Saisonbeschäftigung in der Landwirtschaft

Hinsichtlich der Grundsätze der Inländervermittlung wird auf die Arbeitshilfe Saisonbeschäftigung verwiesen, die im Intranet unter der Navigation *Förderung > SGB II > Saisonbeschäftigung* < eingestellt ist.

Um es Arbeitgebern mit zu geringer Gesamtbeschäftigungsdauer (Anforderung nicht lohnenswert oder Erfolg versprechend) bzw. mit geringerer Wochenarbeitszeit als 30 Stunden doch zu ermöglichen, am Vermittlungsverfahren teilzunehmen, wird zugelassen, dass sich **zwei Landwirte** den Kräfteinsatz in der Weise organisieren, indem sie sich die Arbeitskraft eines Arbeitnehmers teilen und jeweils Arbeitsverträge mit entsprechend kürzerer Wochen- oder Monatsarbeitszeit abschließen (sog. Arbeitgebergemeinschaften).

1.5.9 Bildung von Arbeitgebergemein- schaften (insbesondere in der Landwirtschaft)

Da die Bearbeitung der Vermittlungsvorgänge "Arbeitgebergemeinschaften" sowohl in den Agenturen für Arbeit als auch bei der ZAV zu erheblichem Mehraufwand führt, kann den Wünschen der Arbeitgeber nach Bildung einer Arbeitgebergemeinschaft für die Saisonkräftenanforderung nur in begründeten Fällen nachgekommen werden. **Die Arbeitgeber haben daher darzulegen, dass aufgrund der betrieblichen Bedingungen keine andere Form der Arbeitsorganisation möglich ist.** Um eine Umgehung der Eckpunkteregelung zu vermeiden, sind die vorstehenden Voraussetzungen restriktiv zu prüfen.

Einstellungszusagen/Arbeitsverträge für Arbeitgebergemeinschaften sind der ZAV geschlossen zu übersenden, damit der Gesamtbeschäftigungsrahmen erkennbar wird.

Gegen den Abschluss **eines Arbeitsvertrages** von zwei Arbeitgebern mit einem Arbeitnehmer (einheitliches Arbeitsverhältnis) bestehen hingegen neben melderechtlichen Problemen auch arbeitsrechtliche Bedenken. Es werden daher keine Möglichkeiten gesehen, Arbeitsverträge in dieser Form für das Verfahren zuzulassen.

Voraussetzung für die Zulassung der gemeinschaftlich angeforderten ausländischen Arbeitnehmer ist allerdings, dass

- beide Arbeitgeber im selben Arbeitsagentur-Bezirk ihren Sitz haben (eine AA muss für beide Betriebe zuständig sein)
- die Vermittlungsgebühr von 60 € pro Kraft von einem Arbeitgeber entrichtet wird (eine Verrechnung muss unter den Arbeitgebern erfolgen)
- für jeden Arbeitnehmer von beiden Arbeitgebern Einstellungszusagen/ Arbeitsverträge vorgelegt werden (sie sind der ZAV zusammengeheftet per Post zuzuleiten)

Beschäftigung bei landwirtschaftlichen Maschinenringen

1.5.10 Landwirtschaftliche Maschinenringe

So weit Maschinenringe nicht in Gewinnerzielungsabsicht handeln, bestehen keine Bedenken, wenn Arbeitnehmer durch Maschinen- und Betriebshilfsringe von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft eingestellt und verliehen werden. Soweit Maschinen- und Betriebshilfsringe nicht gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung betreiben, greift auch § 40 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG bzw. § 6 Abs. 1 Nr. 2 ArGV nicht, nach dem eine Zustimmung zum Aufenthaltstitel bzw. eine Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU nach § 1 ArGV zu versagen ist, wenn der Arbeitnehmer als Leiharbeiter nach § 1 Abs. 1 AÜG tätig werden will. Demnach können die von Maschinen- und Hilfsringen angeforderten ausländischen Arbeitnehmer, die an Dritte zur Arbeitsleistung überlassen werden, eine Zustimmung zum Aufenthaltstitel / eine Arbeitserlaubnis-EU auf der Grundlage des § 18 BeschV erhalten.

F) Schaustellergehilfen

1.6

Die Vermittlung ausländischer Schaustellergehilfen steht unter Arbeitsmarktvorbehalt. Eine Arbeitserlaubnis – EU kann daher nur zugesichert bzw. einem Aufenthaltstitel (Kroatien) nur zugestimmt werden, wenn sich durch die Beschäftigung ausländischer Schaustellergehilfen keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben und keine vergleichbaren deutschen Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder EU-Freizügigkeitsrechte genießen, zur Verfügung stehen (s. DA § 39 AufenthG).

**1.6.1
Arbeitsmarktprüfung
Schaustellergehilfen**

Im Bereich des Schaustellergewerbes bestehen keine Bedenken, die Arbeitserlaubnis-EU/ Zustimmung zum Aufenthaltstitel (Kroatien) räumlich uneingeschränkt mit Betriebsbindung zu erteilen. Demnach kann bei Schaustellergehilfen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten die Arbeitserlaubnis–EU gem. § 284 Abs. 4 SGB III / Zustimmung zum Aufenthaltstitel gem. § 19 BeschV von der Agentur für Arbeit des Betriebssitzes ohne Einschaltung der Arbeitsagenturen der Einsatzorte erteilt werden, ohne dass es der Nennung der Einsatzorte der angeforderten ausländischen Schaustellergehilfen durch das Schaustellerunternehmen bedarf.

Soll die Beschäftigung im Schaustellergewerbe wegen der Reisetätigkeit in mehr als zwei Abschnitten erfolgen, bei denen die jeweiligen Unterbrechungen **mindestens fünf Kalendertage** umfassen und einen Monat nicht übersteigen, ist dem Vordruck EZ/AV eine Anlage mit einer Auflistung der konkreten Beschäftigungszeiten unter Angabe jeweils errechneter Kalendertage anzuheften. Unterbrechungen von bis zu vier Kalendertagen können nicht berücksichtigt werden. In diesen Fällen läuft das Arbeitsverhältnis weiter.

**1.6.2
Unterbrechung von
Beschäftigungszeiten
im Schaustellergewerbe**

G) Zustimmungsverfahren/ Arbeiterlaubnisverfahren-EU und Einbindung der ZAV

1.7

Arbeitgeber, die die BA zur Vermittlung ausländischer Saisonarbeiter und Schaustellergehilfen auf der Grundlage von Verfahrensabsprachen mit den Arbeitsverwaltungen der Herkunftsländer in Anspruch nehmen, haben nach § 44 SGB III eine Vermittlungsgebühr zu entrichten.

1.7.1
Vermittlungsgebühr

Nach § 2 Buchst. a) und b) der Anordnung des Verwaltungsrats der BA über die Entrichtung von Gebühren durch Arbeitgeber für die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer vom 26.11.97 in der Fassung der ersten Änderungsverordnung vom 05.10.2001 beträgt die Gebühr für die Vermittlung eines Saisonarbeiters / Schaustellergehilfen 60,- € (siehe DA Nr. 5 – zu Gebührenanordnung nach § 44 SGB III).

Bestehen gegen die Beschäftigung keine arbeitsmarktlichen und sonstigen Bedenken, ist die Zustimmung zum Aufenthaltstitel (Kroatien) zu erteilen bzw. die Arbeiterlaubnis-EU auf dem Vordruck "EZ/AV" zuzusichern.

1.7.2
Zustimmung/
Zusicherung auf der
EZ/AV

Zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Visumerteilung für Arbeitnehmer aus Kroatien ist sicherzustellen, dass die Zustimmung zum Aufenthaltstitel erst nach Abschluss der Arbeitsmarktprüfung/Prüfung der Zulassungskriterien erfolgt und von da ab die Zustimmung noch eine Gültigkeit von drei Monaten hat.

Der Arbeitgeber reicht für jeden Arbeitnehmer einen Vordruck „EZ/AV“ bei der zuständigen Agentur für Arbeit ein. Mittels der beigefügten Checkliste (**Anlage 5**) sollte eine Prüfung des Vordrucks erfolgen. Dabei sollten auch die Ausfüllhinweise auf der Rückseite der EZ/AV beachtet werden. Die Agentur für Arbeit sichert nach der Arbeitsmarktprüfung auf der EZ/AV die EU-Arbeiterlaubnis zu bzw. stimmt dem Aufenthaltstitel zu.

1.7.3
Antragstellung

Nach erfolgter Entrichtung der Vermittlungsgebühr durch den Arbeitgeber ist die EZ/AV in einfacher Ausfertigung (Original) der ZAV zuzuleiten. Auf eine beschleunigte Weiterleitung der Unterlagen an die ZAV ist unbedingt zu achten. Die Durchschrift wird dem Arbeitgeber zugeleitet.

1.7.4
Weiterleitung der EZ/AV
an die ZAV

Die Clearingstelle der ZAV erfasst die eingehende EZ/AV und prüft, inwieweit der Höchstbeschäftigungsrahmen von sechs bzw. neun Monaten im Kalenderjahr überschritten wird. Die Einhaltung der betrieblichen Höchstbeschäftigungsdauer von Saisonkräften prüft die Agentur für Arbeit.

1.7.5
Fristenüberwachung

Die EZ/AV wird per Kurierpost an die Partnerverwaltung im Ausland versandt (Ausnahme siehe 1.7.8). Nach Abgabe der EZ/AV an die Partnerverwaltung hat die ZAV keinen Einfluss mehr auf das Verfahren, dessen Dauer und die Einreise des Arbeitnehmers. Sie wird sich selbst nicht mit dem angeforderten Bewerber in Verbindung setzen.

1.7.6
Weiterleitung der
EZ/AV an die
Partnerverwaltung

Die Partnerverwaltung erfasst die Anforderung und prüft ebenfalls die Einhaltung des Beschäftigungsrahmens und gibt sie an das für den Wohnort zuständige ausländische Arbeitsamt weiter.

1.7.7
Weiterleitung der
EZ/AV an das
ausländische
Arbeitsamt

Das zuständige Arbeitsamt bestellt den Arbeitnehmer ein, händigt die EZ/AV aus und veranlasst den Arbeitnehmer zur Visumbeantragung (nur für Kroatien).

Nach erfolgter Aushändigung der EZ/AV (neue EU-Mitgliedstaaten) bzw. nach erfolgter Visumerteilung (Kroatien) kann der Arbeitnehmer einreisen.

Im namentlichen Anforderungsverfahren für polnische, rumänische und bulgarische Saisonarbeiter und Schaustellergehilfen gilt ab sofort folgendes Verfahren:

Die ZAV versendet die Original-EZ/AV sowie die per Telefax eingehenden Ersatzvermittlungen auf dem Postwege direkt an die inländischen Arbeitgeber. Die Bearbeitung richtet sich nach dem beabsichtigten Beschäftigungsbeginn. Der Arbeitgeber ruft die Arbeitnehmer aus Polen, Rumänien oder Bulgarien ab. Dies trifft auch auf Ersatzvermittlungen per Telefax zu.

Die polnische, rumänische oder bulgarische Übersetzung des EZ/AV-Formulars ist im Internet abrufbar: www.arbeitsagentur.de → Unternehmen → Arbeitskräftebedarf → Beschäftigung → Ausländer → Saisonarbeiter/Schaustellergehilfen.

Bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis-EU entfällt das Erfordernis, dass das Formular EZ/AV den Stempel der polnischen, rumänischen oder bulgarischen Arbeitsverwaltung enthält.

Arbeitnehmer aus Kroatien mit einem gültigen Visum können die Beschäftigung sofort aufnehmen.

Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten benötigen kein Visum, bedürfen aber einer Arbeitserlaubnis-EU. Der Arbeitnehmer hat darüber hinaus die Meldevorschriften zu beachten.

Für die Einreichung einer nichtnamentlichen/anonymen EZ/AV bleiben die Felder mit den persönlichen Daten des Arbeitnehmers unausgefüllt.

Nach Eingang einer nichtnamentlichen/anonymen Anforderung bemüht sich die ZAV um eine kurzfristige Vermittlung der angeforderten Kräfte. Dabei setzt sich die ZAV in jedem Fall telefonisch mit dem Arbeitgeber in Verbindung, um das Stellenangebot abzuklären. Nach Abgabe des Stellenangebotes an die ausländische Partnerstelle werden der ZAV Bewerbungsunterlagen vorgelegt, die an den Arbeitgeber zur Auswahl weitergeleitet werden. Nach Entscheidung des Arbeitgebers werden die Bewerberdaten in die der ZAV vorliegenden EZ/AV eingetragen und an die Partnerverwaltung weitergeleitet. Die EZ/AV wird von der Partnerverwaltung über das für den Wohnort zuständige ausländische Arbeitsamt dem Arbeitnehmer ausgehändigt.

Abweichend hierzu werden die EZ/AV für polnische Arbeitnehmer direkt dem Arbeitgeber zugesandt.

Die ZAV wird die zuständige Agentur für Arbeit über die erfolgte Vermittlung (Name und Adresse des Arbeitnehmers) und die Weiterleitung der EZ/AV an die Partnerverwaltung bzw. den Arbeitgeber (Polen) informieren.

Bei nichtnamentlichen/anonymen Anforderungen kann die ZAV - wenn es sich als zweckmäßig erweist - in Absprache mit den Partnerverwaltungen auch im Rahmen von Auswahlaktionen vor Ort in den Herkunftsländern vermitteln. Dabei sind Beteiligungen von Arbeitgebervertretern möglich.

Vermittelte Arbeitnehmer aus Kroatien benötigen zur Einreise ein Visum. Dieses kann von der Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland für eine Beschäftigung als Saisonarbeiter und Schaustellergehilfe ohne Einschaltung der örtlichen deutschen Ausländerbehörden, jedoch nach vorheriger Anfrage beim Ausländerzentralregister, erteilt werden. Bei der Beantragung hat der Arbeitnehmer neben dem Reisepass lediglich den ihm übergebenen Vordruck "Einstellungszusage/Arbeitsvertrag" vorzulegen.

Vermittelte Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn reisen visumfrei ein.

**1.7.8
Namentliche
Vermittlung polnischer,
rumänischer und
bulgarischer
Saisonarbeiter u.
Schaustellergehilfen**

**1.7.9
Beschäftigungs-
aufnahme**

**1.7.10
Besonderheit bei
nichtnamentlicher/
anonymer Vermittlung**

**1.7.11
Auswahlverfahren bei
nichtnamentlicher /
anonymer Vermittlung**

**1.7.12
Visum**

Nach der Einreise bedürfen die ausländischen Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten noch für die Dauer der Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit einer Arbeitserlaubnis-EU (§ 284 SGB III). Diese ist aufgrund der Zusicherung - enthalten auf dem Arbeitsvertrag - zu erteilen und nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 der ArGV zu beschränken.

1.7.13 Arbeitserlaubnis-EU

Die Genehmigung zur Ausübung der Beschäftigung ist **vor** Aufnahme der Beschäftigung einzuholen und muss vor Arbeitsaufnahme vorliegen. Die Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis-EU beginnt grundsätzlich mit dem Tag der **Ausfertigung**.

Bei der Bearbeitung der Arbeitserlaubnisanträge-EU für ausländische Saisonarbeiter kann es insbesondere in Dienststellen mit hohen Zulassungszahlen an Erntehelfern in der Landwirtschaft zu zeitlichen Verzögerungen zwischen der Antragstellung und der Ausfertigung der Arbeitserlaubnisse-EU kommen.

1.7.14 Listenverfahren

Um dennoch einen rechtzeitigen Ernteeinsatz zu ermöglichen, ist nach Abstimmung zwischen den Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit und Finanzen das folgende Verfahren bei der Erteilung der Arbeitserlaubnisse-EU festgelegt worden, das den Nachweis der erlaubten Beschäftigung gewährleistet:

Werden EU-Arbeitserlaubnisanträge für Saisonarbeiter durch die Agenturen für Arbeit entgegengenommen, die nicht bis zum vorgesehenen Beschäftigungsbeginn ausgefertigt werden können, ist dem Arbeitgeber die Entgegennahme der Anträge mit der Erklärung zu bestätigen, dass die Erteilung der Arbeitserlaubnisse-EU rückwirkend ab dem **Datum der Antragstellung** erfolgt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass mit den Vordrucken "Einstellungszusage/Arbeitsvertrag - EZ/AV" und den darin enthaltenen Zusicherungen der Agentur für Arbeit nachgewiesen wird, dass das Vermittlungsverfahren ordnungsgemäß durchlaufen wurde.

Für die Bestätigung hat der Arbeitgeber eine Liste mit folgenden Angaben vorzulegen:

| Arbeitgeber | | Ort, Datum | | |
|--|------------|-------------------------------|-----------------------------------|--|
| Für folgende Arbeitnehmer werden hiermit die Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnisse-EU gestellt. Die Arbeitnehmer wurden von mir/uns auf der Grundlage des § 4 Abs. 1 Anwerbestoppausnahmereverordnung in Verbindung mit § 284 SGB III und der Beschäftigungsverordnung bei der Agentur für Arbeit angefordert. Ihnen wurde von der Agentur für Arbeit die Erteilung der Arbeitserlaubnisse-EU auf dem Vordruck "Einstellungszusage/Arbeitsvertrag EZ/AV" zugesichert. | | | | |
| Name, Vorname | Geb.- Dat. | Nationalität (PL, CZ etc.) | Beschäftigungszeitraum vom bis | |
| | | | | |
| Agentur für Arbeit | | Ort/Datum | | |
| Die Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnisse-EU für die o. a. aufgeführten Saisonarbeiter wurden amgestellt. Sie werden in Kürze ab Beschäftigungsbeginn, frühestens jedoch rückwirkend ab dem Datum der Antragstellung ausgefertigt. | | | | |
| Unterschrift/Dienststempel | | | | |

Die Hauptzollämter wurden durch die Oberfinanzdirektion Köln angewiesen, bei Prüfungen im Rahmen der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung die Bestätigungen der Agenturen für Arbeit auf den "Arbeitnehmerlisten" als vorläufige Nachweise für Arbeitserlaubnisse-EU zu akzeptieren.

Bei gesplitteten Arbeitsverhältnissen im **Schaustellergewerbe** (s. DA 1.6.2) ist die Arbeitserlaubnis-EU für den Gesamtzeitraum auszustellen und für die jeweiligen Zeiten der Nichtbeschäftigung (mindestens 5 Kalendertage) an die ausstellende Arbeitsagentur zurückzugeben. Nur Zeiten, für die die Arbeitserlaubnis-EU hinterlegt wurde, bleiben bei der Berechnung der Höchstbeschäftigungsdauer von neun Monaten unberücksichtigt.

**1.7.15
Kurzzeitige
Unterbrechungen im
Schaustellergewerbe**

Hat die ZAV die Einstellungszusage/den Arbeitsvertrag der ausländischen Clearingstelle weitergeleitet, besteht grundsätzlich keine Möglichkeit mehr, die EZ/AV zurückzuholen. Nur in Ausnahmefällen kann die ZAV den angeforderten Arbeitnehmer und die ausländische Partnerverwaltung von der Stornierung unterrichten und auf eine Rückgabe der Einstellungszusage/des Arbeitsvertrages hinwirken.

**1.7.16
Stornierung**

Dazu ist es aus technischen Gründen allerdings erforderlich, dass die ZAV mindestens drei Wochen vor Beschäftigungsbeginn ausschließlich mittels des Originalvordrucks "Stornierungsmittelung Saisonarbeiter/Schaustellergehilfen" (**Anlage 6**) von der Stornierung erfährt. Dieser kann sowohl auf dem Post- als auch auf dem Faxwege der ZAV zugeleitet werden. Selbst hergestellte/kopierte Vordrucke können nicht bearbeitet werden.

Die ZAV kann allerdings nicht sicherstellen, dass Stornierungen auch tatsächlich beachtet werden und die Arbeitnehmer - falls der Arbeitsvertrag bereits geschlossen wurde - auf ihre Einreise verzichten.

Wird entgegen der Stornierung die Einreise festgestellt, ist die ZAV zeitnah unter Angabe der Beschäftigungstage zu informieren.

Findet die ZAV bei nichtnamentlichen/ anonymen Anforderungen in angemessener Zeit bzw. für den befristeten Zeitraum der Beschäftigung keine Bewerber oder gehen ihr von den Partnerverwaltungen Einstellungszusagen/ Arbeitsverträge als nicht realisierbar wieder zu, informiert die ZAV den Arbeitgeber telefonisch und leitet danach die Stornierung an die zuständige Agentur für Arbeit weiter. Wegen der Erstattung der Vermittlungsgebühren wird auf DA Nr. 5 zu § 44 SGB III verwiesen.

**1.7.17
Rückgabe nicht
realisierbarer
Stellenangebote**

Bevor einer Verlängerung eines Beschäftigungsverhältnisses über den in der EZ/AV ursprünglich vorgesehenen Zeitraum hinaus durch die Agentur für Arbeit zugestimmt werden kann, ist die ZAV einzuschalten, damit die Fristenüberwachung gewährleistet bleibt (zav-bonn.saisonarbeiter@arbeitsagentur.de; Telefon: 0228 / 713 – 1329).

**1.7.18
Verlängerung der
Beschäftigung**

Folgende Angaben sind notwendig:

- Arbeitgeber
- Name, Vorname, Geburtsdatum und Staatsangehörigkeit des Arbeitnehmers,
- erstmalig beantragter EZ/AV-Zeitraum und Registriernummer,
- erteilte Arbeitserlaubnis-EU sowie
- beantragter Verlängerungszeitraum.

Eine Verlängerung der Beschäftigung kommt nur im direkten Anschluss an ein aktuell durchgeführtes Beschäftigungsverhältnis in Betracht.

Umvermittlungen während arbeitsvertraglich gebundener Beschäftigungszeiten sind auf begründete Ausnahmefälle zu beschränken. Bei Beschäftigungsverhältnissen unter sechs bzw. neun Monaten sind auf Wunsch des Arbeitnehmers Anschlussvermittlungen bis zum Ablauf der Sechs- bzw. Neunmonatsfrist möglich, sofern auch das Visum bis zum Ablauf dieser Frist gilt bzw. die Ausländerbehörde einen Aufenthaltstitel erteilt.

**1.7.19
Umvermittlung /
Anschlussvermittlung**

Auch wenn durch die Anschlussvermittlung Sozialversicherungspflicht einschließlich für die Erstbeschäftigung eintritt, kann dem Vermittlungswunsch unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktvorrangs entsprochen werden.

Um sicherzustellen, dass es bei der Besetzung der Saisonarbeitsplätze nicht zu Problemen kommt, wenn trotz rechtzeitiger Erteilung eines Vermittlungsauftrages die von der Agentur für Arbeit avisierten oder vermittelten vorrangigen inländischen Arbeitnehmer bzw. die angeforderten ausländischen Arbeitnehmer aus Ländern Mittel- und Osteuropas die Beschäftigung nicht fristgerecht aufnehmen oder kurzfristig wieder beenden, wurde ein Schnellvermittlungsverfahren für **Saisonkräfte** eingerichtet.

Soweit vom inländischen Arbeitsmarkt nicht kurzfristig eine Ersatzvermittlung möglich ist, kann das Schnellvermittlungsverfahren genutzt werden.

Es können nur Arbeitgeber von der Ersatzkräftevermittlung Gebrauch machen, für die bereits Vermittlungsbemühungen aufgrund konkreter Vermittlungsaufträge durchgeführt wurden und denen entweder Arbeitskräfte des inländischen Arbeitsmarktes in Aussicht gestellt bzw. vermittelt wurden oder deren Anforderungen aus dem Ausland mit Zustimmung zum Aufenthaltstitel (Kroatien) bzw. Zusicherungen der Arbeitserlaubnisse-EU (Vordruck EZ/AV) über die ZAV an eine ausländische Arbeitsverwaltung ging.

Das Schnellvermittlungsverfahren stößt vom Umfang her in technischer und personeller Hinsicht an Obergrenzen. Es lässt sich problemloser durchführen, wenn Belastungsspitzen vermieden werden. Deshalb ist sicherzustellen, dass in den Fällen, in denen frühzeitig inländische Kräfte in Aussicht gestellt bzw. vermittelt wurden, rechtzeitig vor dem voraussichtlichen Erntebeginn nochmals geprüft wird, ob und inwieweit die Kräfte auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Dadurch soll gewährleistet werden, dass sich eine erforderlich werdende Schnellvermittlung z.B. für die Ernte in Sonderkulturen zeitlich nicht zu sehr auf den unmittelbaren Erntebeginn konzentriert.

Das Ersatzkräftevermittlungsverfahren kann sowohl zur namentlichen Anforderung als auch zur Vermittlung nichtnamentlicher/anonymer Kräfte genutzt werden. Es wird von einem Zeitraum von rund 10 Tagen, gerechnet vom Eingang der Vermittlungsunterlagen bei der ZAV bis zum Eintreffen der Arbeitskräfte, ausgegangen.

Der Verfahrensablauf für Schnellvermittlungen erfolgt grundsätzlich wie der des normalen Verfahrens (siehe DA 1.7.3) mit folgenden Unterschieden:

Die Agentur für Arbeit übermittelt den Original-Vordruck EZ/AV per Fax der ZAV. Dazu ist ausschließlich die ZAV-Fax-Nr. 0228/620 32 33 oder 620 32 34 zu verwenden. Die Original EZ/AV verbleibt bis zum Eintreffen des Arbeitnehmers bei der Agentur für Arbeit und wird dem Arbeitnehmer bei Erteilung der Arbeitserlaubnis ausgehändigt (EU-Staaten) bzw. dem Arbeitgeber zugesandt (Kroatien).

Die ZAV übermittelt die EZ/AV ebenfalls per Fax an die ausländische Partnerverwaltung und diese an das für den Wohnort zuständige ausländische Arbeitsamt. Dem Arbeitnehmer wird die Faxkopie EZ/AV ausgehändigt (Polen entsprechend DA 1.7.8).

Die deutsche Auslandsvertretung in Kroatien behandelt die Antragsteller für das Schnellvermittlungsverfahren bevorzugt. Nach erfolgter Visumerteilung erfolgt die Einreise zur Arbeitsaufnahme.

Für die Einreichung einer nichtnamentlichen/anonymen EZ/AV bleiben die Felder mit den persönlichen Daten des Arbeitnehmers unausgefüllt. Bei nichtnamentlichen/anonymen Ersatzanforderungen bemüht sich die ZAV um eine kurzfristige Vermittlung der angeforderten Kräfte. Dabei setzt sich die ZAV nach Erhalt der EZ/AV (übermittelt per Fax) in jedem Fall telefonisch mit dem Arbeitgeber in Verbindung, um das Stellenangebot abzuklären.

Das Stellenangebot wird zusammen mit der EZ/AV per Fax an die ausländische Partnerverwaltung übermittelt. Die Partnerverwaltung erfasst die Anforderung, wählt aus einem Bewerberpool einen geeigneten Bewerber aus, bietet den Arbeitsvertrag an, prüft die Einhaltung des Beschäftigungshöchstrahmens und überträgt die Arbeitnehmerdaten in die Fax-Kopie EZ/AV. Die ZAV wird über die erfolgte Vermittlung informiert.

1.7.20 Schnellvermittlung / Ersatzvermittlung für Saisonkräfte

1.7.21 Bedingungen Schnellvermittlung

1.7.22 Verfahrensablauf Schnellvermittlung

1.7.23 Schnellvermittlung nicht namentlich/ anonym

Mit Ausnahme der polnischen nichtnamentlichen/anonymen EZ/AV (Direktversand an den Arbeitgeber) leitet die Partnerverwaltung die vervollständigte Fax-Kopie EZ/AV an das für den Wohnort zuständige ausländische Arbeitsamt per Fax weiter. Dem vermittelten Arbeitnehmer wird die Fax-Kopie EZ/AV ausgehändigt.

Die ZAV teilt dem Arbeitgeber und der zuständigen Agentur für Arbeit die Arbeitnehmer-Daten mit.

Wurde eine Vermittlungsgebühr bisher nicht entrichtet, weil es sich um die Ersatzkräftevermittlung für ausgefallene inländische Arbeitnehmer handelt, können zur Vermeidung von Verzögerungen die Vermittlungsunterlagen entgegen der DA Nr. 5 Gebühren, bereits vor der Bestätigung des Eingangs der Vermittlungsgebühr an die ZAV weitergeleitet werden. Bei der Ersatzkräftevermittlung für ausgefallene **nichtnamentlich** und **namentlich** angeforderte ausländische Arbeitnehmer auf der Grundlage des § 18 BeschV wird **keine** neue Vermittlungsgebühr fällig. Eine Extraberechnung nach DA Nr. 5 - Gebühren ist nicht erforderlich.

1.7.24 Gebühren bei Ersatzkräftevermittlung

Vordruckbeschaffung

Die Agenturen für Arbeit melden den Regionaldirektionen jeweils zum 20. August jeden Jahres ihren Bedarf an **"EZ/AV" und Stornierungsvordrucken** für das nächste Kalenderjahr.

1.7.25 Berichtstermine

Die Regionaldirektionen berichten der ZAV, Villemombler Str. 76, 53123 Bonn (zav-bonn.KoordinierungAMZ@arbeitsagentur.de) zum 1. September jeden Jahres.

Der Bedarfsmeldung sollte entnommen werden können, wie viele Exemplare benötigt werden, sowohl für den Fall der Herausgabe neuer, geänderter Vordrucke (Bedarf brutto), als auch für den Fall, dass die Vordrucke in der bislang geltenden Version weiterbenutzt werden können (Bedarf netto).

Muster - Auszug -

Anlage 1 zu DA 1.4.6
Fragebogen
Versicherungspflicht**Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht/Versicherungsfreiheit
polnischer Saisonarbeitnehmer****Kwestionariusz stwierdzający obowiązek ubezpieczeniowy/zwolnienie od obowiązku
ubezpieczeniowego polskich pracobiorców sezonowych**

Hinweis für den deutschen Arbeitgeber:
Der Feststellungsbogen sowie beigefügte Unterlagen
sind zu den Lohnunterlagen zu nehmen.

Hinweis:
Die Beantwortung der Fragen ist zur sozialver-
sicherungsrechtlichen Beurteilung der
Beschäftigung erforderlich (§ 280 SGB IV).

Wskazówka dla pracodawcy niemieckiego:
Kwestionariusz stwierdzający oraz załączone dokumenty
należy załączyć do dokumentacji placowej.

Wskazówka:
Udzielenie odpowiedzi na pytania jest konieczne
dla celów ubezpieczeniowo-prawnej oceny
zatrudnienia (§ 280 IV k. społ RFN (SGB IV).

**Angaben zur Person
Dane osobowe**

| | | |
|--|---|--|
| Name/Nazwisko | | Vorname (Rufname bitte unterstreichen) Imię lub imiona (proszę podkreślić pierwsze imię) |
| Geburtsname/Nazwisko rodowe | | Frühere Namen/Wcześniejsze nazwiska |
| Geburtsdatum Data urodzenia | Geschlecht/Płeć <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich męska żeńska | Staatsangehörigkeit (ggf. frühere Staatsangehörigkeit bis/weitere Staatsangehörigkeiten) Obywatelstwo (ew. poprzednie obywatelstwo do dnia/innego obywatelstwa) |
| Geburtsort (Kreis, Land)/Miejsce urodzenia (okrąg lub gmina, województwo) | | |
| Derzeitige Adresse (Straße, Hausnummer)/Aktualny adres (ulica, numer domu) | | |
| Postleitzahl Kod pocztowy | Wohnort/Miejscowość | |

Quelle: *Richtlinien für die Unterkunft ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland vom 29.03.1971 des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (Bundesanzeiger Nr. 63 vom 1.04.1971)*

**Anlage 2 zu DA 1.4.9
Hinweise Unterkünfte**

Hinweise zu den Anforderungen an Unterkünfte für ausländische Arbeitnehmer

I. Bauliche Ausführung

1. Die lichte Höhe der Schlaf- und Tagesräume muss mindestens 2,30 m betragen. Im Dachraum muss die lichte Mindesthöhe über mindestens 1/3 der Grundfläche jedes Raumes vorhanden sein.
2. Die Fußböden müssen einen fußwarmen Belag haben.
3. Wände und Dächer müssen wetterdicht sein.
4. Die Außentüren müssen dicht und abschließbar sein.
5. Die Fenster müssen dicht und zum Öffnen eingerichtet sein. Für eine ausreichende Lüftungsmöglichkeit ist Sorge zu tragen.
6. Bei Unterbringung in dem Winterhalbjahr vom 1. Oktober bis 30. März muss eine ausreichende Beheizungsmöglichkeit der Räume vorhanden sein.
7. Im Übrigen gelten die örtlichen bauordnungs- und brandschutzrechtlichen Vorschriften.

II. Wohnflächen

Wohnflächen sollten folgenden Normen entsprechen:

1. Die Zahl von 6 Personen pro Zimmer darf nicht überschritten werden.
2. Der Schlafräum pro Person ist mit mindestens 6 qm zu bemessen.
3. Für Männer und Frauen sind getrennte Schlafräume vorzusehen.
4. Für jeden Bewohner muss eine eigene Bettstelle vorhanden sein. Es dürfen höchstens zwei Bettstellen übereinander angebracht sein.
5. Zur Ausstattung je Bettstelle gehören: Matratze, ein Kopfkissen, Wolldecken in ausreichender Zahl und Bettwäsche.
6. Jeder neu in der Unterkunft aufgenommene Arbeitnehmer erhält saubere Bettwäsche.
7. Für jeden Bewohner sind eine Möglichkeit der Kleiderablage (Spind) sowie eine Sitzgelegenheit und ein Tischplatz zur Verfügung zu stellen.
8. Im Tages- und Schlafräum ist für ausreichende Beleuchtung durch elektrische Anlagen, die den Sicherheitsvorschriften entsprechen, zu sorgen.

III. Sanitärräume

1. Die Sanitärräume sollten so beschaffen sein, dass die Fußböden und Wände aus einem Material bestehen, das zu Reinigungszwecken abgespritzt werden kann.
2. Für je 8 Personen sollte eine Toilette mit ausreichender Belüftung und Beleuchtung vorhanden sein. Für je 10 Personen sollte eine Dusche (kaltes und warmes Wasser) zur Verfügung stehen.
3. Zur Vermeidung von Pilzkrankheiten dürfen Holzroste in Waschräumen nicht verwendet werden.
4. Eine geeignete Einrichtung zum Waschen und Trocknen der Kleidung muss vorhanden sein.

IV. Küche

Für den Fall, dass keine Betriebsküche vorhanden ist, müssen für je 2 Bewohner eine Kochstelle (**in einem separaten Raum**) sowie eine angemessene Aufbewahrungsmöglichkeit für Nahrungsmittel vorhanden sein.

V. Allgemein

1. Im Betrieb muss eine ausreichende Erste-Hilfe-Station vorhanden sein. Sie muss im Bedarfsfall leicht zugänglich und gegen Verunreinigungen geschützt sein.
2. Die o. g. Hinweise stellen einen Anhaltspunkt für die bauliche Beschaffenheit der Unterkünfte dar. Bei schon bestehenden Objekten können geringe Abweichungen toleriert werden! Ein Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf Zuteilung von Unterkünften in einer bestimmten Art und Größe, die über die o. g. Hinweise hinausgehen, sowie einer bestimmten Raumausstattung besteht nicht.
3. Der Arbeitgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass die Unterkünfte so beschaffen, ausgestattet und belegt sind und so benutzt werden, dass die Gesundheit und das sittliche Empfinden der Arbeitnehmer nicht beeinträchtigt wird.

Muster - Auszug -

Anlage 3 zu DA 1.4.12
BA-EZ/AV-2009

Bitte mit Maschine ausfüllen! Bei Handschrift nur Großbuchstaben verwenden! Siehe Beispiele!
Bitte Ausfüllhinweise Rückseite beachten! A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9

| | | | | |
|--|--------------------------|---|-------------------------|--|
| Einstellungszusage/Arbeitsvertrag | | Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen | | Reg.-Nr. 00112190680 |
| Herkunftsland: Nur Bewerber aus... | | <input checked="" type="checkbox"/> Polen/EU <input checked="" type="checkbox"/> Tschech.Rep./EU <input checked="" type="checkbox"/> Slowak.Rep./EU <input checked="" type="checkbox"/> Ungarn/EU <input checked="" type="checkbox"/> Rumänien/EU <input checked="" type="checkbox"/> Kroatien <input checked="" type="checkbox"/> Slowakei/EU <input checked="" type="checkbox"/> Bulgarien/EU | | Reg.-Nr. bei Fragen bitte hierbei angeben BA-EZ/AV-2009 |
| Arbeitgeber Tel./Vorname-Nr. | Arbeitgeber Tel./Ruf-Nr. | Arbeitgeber Fax/Vorname-Nr. | Arbeitgeber Fax/Ruf-Nr. | |
| Binnenanschrift | | Botschaftsanschrift | | |
| Arbeitgeber Name | | Arbeitgeber Vorname | | |
| Beschäftigungs- | | PLZ | | |
| PLZ | | Ort | | |
| Name des Arbeitnehmers (bei ansonsten Anonymisierung bitte unbedingt alle Felder zum Arbeitnehmer füllen lassen) | | Beschäftigung | | |
| Vorname des Arbeitnehmers | | Nachname | | |
| Geburtsdatum | | geboren am | | |
| PLZ | | Wohnort | | |
| Beschäftigungszeitraum 1 | | Beschäftigungszeitraum 2 | | |
| Der Arbeitnehmer wird beschäftigt als | | Der Arbeitnehmer wird beschäftigt als | | |
| Fachkraft <input checked="" type="checkbox"/> Hilfskraft <input checked="" type="checkbox"/> von Tag Monat Jahr oder ab dem Tag der Anstellung oder auf Abruf <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> | | Fachkraft <input checked="" type="checkbox"/> Hilfskraft <input checked="" type="checkbox"/> von Tag Monat Jahr oder ab dem Tag der Anstellung oder auf Abruf <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> | | |
| bis Tag Monat Jahr für die Dauer von ... Wochen ... Monaten | | bis Tag Monat Jahr für die Dauer von ... Wochen ... Monaten | | |
| Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt durchschnittlich | | Stunden an Tagen pro Woche (gem. § 16 SockelV, mind. 33 Std/Woche und mind. 6 Std/7g) | | |
| Erfüllen vor Abzug von Kosten für Unterkunft und Verpflegung | | pro Stunde oder pro Monat € | | |
| Die Einzahlung der Unterkunftskosten ist garantiert (siehe Rückseite) | | Die Unterkunft ist kostenlos oder kostet pro Tag € | | |
| Substanzverpflegung <input checked="" type="checkbox"/> | | Die Verpflegung wird unentgeltlich gestellt <input checked="" type="checkbox"/> oder die Verpflegung kostet pro Tag € | | |
| Soweit bekannt, tatsächlicher Mindesteinzahlungssatz nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Unterkunft und Verpflegung € | | Die Reisekosten werden nach Verpflegungserstattung ersetzt € | | |
| Ich bestätige die Einhaltung der vorgenannten Vertragsbedingungen sowie der gesetzlichen Bestimmungen. | | Ich bestätige, den Vordruck "Einstellungszusage/Arbeitsvertrag" auch in meiner Muttersprache erhalten zu haben. | | |
| Datum/Unterschrift des Arbeitgebers | | Datum/Unterschrift des ausländ. Arbeitnehmers | | |
| Günstigkeitsunterstützung (Wird von der Agentur für Arbeit abgefragt) | | <input type="checkbox"/> Die Erstellung der Arbeitsaufnahme-EU gem. § 234 SGB III wird ausgesetzt oder <input type="checkbox"/> Der Vorrangstellung zur Ausübung der Beschäftigung wird gem. § 38 des Aufenthaltsgesetzes zugestimmt | | |
| Die Voraussetzungen für eine Erwerbsvermittlung sind gegeben. <input checked="" type="checkbox"/> | | Diese Stellungnahme ist Gültigkeit bis zum | | |
| Datum/Unterschrift der Agentur für Arbeit | | Arbeitsgemeinschaft Reg.-Nr. der ZAV | | |
| Stempel der ZAV | | Stempel der Agentur für Arbeit | | |
| Stempel der ausländ. Arbeitsvermittlung | | Stempel der ausländ. Arbeitsvermittlung | | |

Muster - Auszug -

Anlage 3 zu DA 1.4.12
BA-EZ/AV-2005
(Polnische
Übersetzung)

Polnische Übersetzung des Vordrucks Einstellungsanzeige/Arbeitsvertrag (EZ/AV-2005)

Prosimy przestrzegać wskazówek dotyczących wypełniania na odwrocie

Zapewnienie zatrudnienie/umowa o pracę Pomiędzy pracodawcą i pracownikiem zawierana jest następująca umowa Nr rej. 00085480102
W razie zapytań zawsze podawać nr rej. BA-EZ/AV-2005

Kraj pochodzenia: Polska UE Rep. czeska UE Rep. Slow. UE Węgry UE Rumunia Chorwacja Słowenia UE Bułgaria

Pracodawca nr tel. kierunk. Pracodawca nr tel. Pracodawca nr faksu nr kierunk. Pracodawca nr faksu nr kierunk.

Nazwa firmy Nazwisko pracodawcy Imię pracodawcy Nr przeds@biorstwa

Ulica, nr domu Kod pocztowy Miejscowość

Nazwisko pracownika (w przypadku zgłań anonimowych prosimy wszystkie pola koniecznie pozostawić puste)

Imię pracownika Pleć dzień/miesiąc/rok urodzony

Kod pocztowy Miejsce zamieszkania

Zakreślić tylko jedną branżę!

rolnictwo, leśnictwo, winnica, sadownictwo, warzywnictwo, tartak

hotel/gastronomia

Wystawca

| Okres zatrudnienia 1 | | | Pracownik wykwalifikowany | | | Pracownik pomocniczy | | | Okres zatrudnienia 2 | | | Pracownik wykwalifikowany | | | Pracownik pomocniczy | | | | | | | | |
|-------------------------------------|-------|---------|---------------------------|-----------------------|------------------|--|----------|-------|-------------------------------------|---------|-----------------------|---------------------------|--|----------|----------------------|---------|---------|-----------------------|------------------|--|----------|--|--|
| Pracownik zostanie zatrudniony jako | | | | | | | | | Pracownik zostanie zatrudniony jako | | | | | | | | | | | | | | |
| od | dzień | miesiąc | rok | lub od dnia przyjazdu | lub do odwołania | Dokładny termin zostanie podany przez pracodawcę | od | dzień | miesiąc | rok | lub od dnia przyjazdu | lub do odwołania | Dokładny termin zostanie podany przez pracodawcę | od | dzień | miesiąc | rok | lub od dnia przyjazdu | lub do odwołania | Dokładny termin zostanie podany przez pracodawcę | | | |
| do | dzień | miesiąc | rok | na okres | dni | tygodni | miesiący | do | dzień | miesiąc | rok | na okres | tygodni | miesiący | do | dzień | miesiąc | rok | na okres | tygodni | miesiący | | |
| | | | | | | lub | lub | | | | | | | | | | | | | | | | |

Tygodniowy czas pracy wynosi przeciętnie godzin dni tygodniowo zgodnie z przepisami BeschV, min. 30 godz./tyg. i min. 6 godzin/dziennie

Wynagrodzenie brutto przed potrąceniem kosztów zakwaterowanie i za lub €
wzbrwienia (informacja obowiązkowa) godz miesiąc

Anlage 4 zu DA 1.5.1a
Agenturbezirke mit
günstiger
Arbeitsmarktlage**Agenturbezirke mit günstiger Arbeitsmarktlage
(Eckpunkterege lung für die Jahre 2008/2009)****Hinweis:**

Als Agenturbezirk mit günstiger Arbeitsmarktlage gelten die Agenturen für Arbeit, in denen die Arbeitslosenquote im Oktober 2007 weniger als (<) 7,5 % beträgt (in der nachfolgenden Übersicht grün gekennzeichnet)


Arbeitslosenquoten Oktober 2007
 bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen
 - Arbeitslose insgesamt -

| Agenturbezirk < 7,5 % | Okt 07 | Agenturbezirk < 7,5 % | Okt 07 |
|------------------------|--------|-----------------------|--------|
| 823 Freising | 3,0 | 843 München | 5,5 |
| 827 Ingolstadt | 3,1 | 617 Freiburg | 5,5 |
| 661 Ravensburg | 3,4 | 637 Lörrach | 5,5 |
| 674 Schwäbisch Hall | 3,5 | 377 Rheine | 5,6 |
| 819 Donauwörth | 3,5 | 535 Montabaur | 5,7 |
| 859 Traunstein | 3,7 | 719 Bamberg | 5,7 |
| 835 Landshut | 3,7 | 631 Karlsruhe | 5,8 |
| 839 Memmingen | 3,7 | 257 Nordhorn | 5,8 |
| 667 Rottweil | 3,9 | 111 Bad Oldesloe | 6,0 |
| 863 Weilheim | 4,0 | 531 Mayen | 6,0 |
| 831 Kempten | 4,1 | 423 Fulda | 6,0 |
| 855 Rosenheim | 4,2 | 381 Siegen | 6,1 |
| 711 Ansbach | 4,2 | 677 Stuttgart | 6,1 |
| 684 Ulm | 4,3 | 313 Ahlen | 6,2 |
| 641 Ludwigsburg | 4,3 | 274 Vechta | 6,3 |
| 621 Göppingen | 4,4 | 811 Augsburg | 6,3 |
| 647 Nagold | 4,4 | 527 Mainz | 6,5 |
| 739 Regensburg | 4,5 | 363 Meschede | 6,5 |
| 651 Offenburg | 4,5 | 431 Hanau | 6,5 |
| 759 Würzburg | 4,5 | 264 Osnabrück | 6,6 |
| 657 Rastatt | 4,6 | 277 Verden | 6,7 |
| 687 Villingen-Schwenn. | 4,6 | 519 Koblenz | 6,7 |
| 664 Reutlingen | 4,6 | 547 Neuwied | 6,8 |
| 671 Waiblingen | 4,7 | 439 Korbach | 6,9 |
| 715 Aschaffenburg | 4,7 | 115 Elmshorn | 6,9 |
| 563 Trier | 4,8 | 644 Mannheim | 7,0 |
| 755 Weissenburg | 4,8 | 559 Saarlouis | 7,0 |
| 681 Tauberbischofsh. | 4,8 | 447 Marburg | 7,0 |
| 815 Deggendorf | 4,8 | 251 Lüneburg | 7,1 |
| 634 Konstanz | 4,9 | 355 Iserlohn | 7,1 |
| 611 Aalen | 5,0 | 367 Münster | 7,1 |
| 851 Pfarrkirchen | 5,0 | 735 Nürnberg | 7,1 |
| 327 Coesfeld | 5,2 | 539 Neunkirchen | 7,2 |
| 654 Pforzheim | 5,2 | 455 Wetzlar | 7,2 |
| 614 Balingen | 5,3 | 723 Bayreuth | 7,3 |
| 624 Heidelberg | 5,3 | 523 Ludwigshafen | 7,3 |
| 743 Schwandorf | 5,3 | 415 Darmstadt | 7,3 |
| 747 Schweinfurt | 5,4 | 751 Weiden | 7,4 |
| 543 Landau | 5,4 | 353 Herford | 7,4 |
| 627 Heilbronn | 5,4 | 443 Limburg | 7,4 |
| 847 Passau | 5,5 | | |

Arbeitslosenquoten Oktober 2007

bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

- Arbeitslose insgesamt -

| Agenturbezirk mindestens 7,5 % | Okt 07 | Agenturbezirk mindestens 7,5 % | Okt 07 |
|-----------------------------------|--------|-----------------------------------|--------|
| 139 Neumünster | 7,5 | 231 Göttingen | 11,4 |
| 459 Wiesbaden | 7,5 | 096 Jena | 11,4 |
| 254 Nienburg | 7,5 | 271 Uelzen | 11,4 |
| 511 Bad Kreuznach | 7,6 | 135 Lübeck | 11,4 |
| 727 Coburg | 7,6 | 237 Hannover | 11,5 |
| 323 Bonn | 7,6 | 391 Wuppertal | 11,7 |
| 317 Bielefeld | 7,8 | 375 Recklinghausen | 12,3 |
| 383 Soest | 7,8 | 357 Köln | 12,4 |
| 387 Wesel | 8,0 | 077 Pirna | 12,5 |
| 515 Kaiserslautern | 8,1 | 321 Bochum | 12,6 |
| 419 Frankfurt | 8,1 | 094 Gera | 12,7 |
| 373 Paderborn | 8,2 | 371 Oberhausen | 12,7 |
| 411 Bad Hersfeld | 8,2 | 074 Dresden | 12,8 |
| 315 Bergisch Gladbach | 8,4 | 078 Plauen | 12,9 |
| 731 Hof | 8,4 | 045 Magdeburg | 13,0 |
| 325 Brühl | 8,5 | 033 Schwerin | 13,2 |
| 427 Giessen | 8,7 | 214 Bremen | 13,3 |
| 267 Stade | 8,9 | 217 Bremerhaven | 13,7 |
| 221 Celle | 8,9 | 073 Chemnitz | 14,1 |
| 551 Pirmasens | 9,0 | 079 Riesa | 14,2 |
| 247 Leer | 9,0 | 071 Annaberg | 14,3 |
| 331 Detmold | 9,1 | 092 Zwickau | 14,4 |
| 335 Düren | 9,2 | 343 Essen | 14,4 |
| 244 Hildesheim | 9,3 | 043 Halberstadt | 14,5 |
| 261 Oldenburg | 9,4 | 333 Dortmund | 14,7 |
| 451 Offenbach | 9,6 | 093 Erfurt | 14,7 |
| 435 Kassel | 9,6 | 037 Frankfurt (Oder) | 14,8 |
| 361 Krefeld | 9,6 | 341 Duisburg | 14,9 |
| 241 Helmstedt | 9,6 | 032 Rostock | 14,9 |
| 337 Düsseldorf | 9,6 | 049 Wittenberg | 15,1 |
| 385 Solingen | 9,7 | 097 Nordhausen | 15,2 |
| 119 Flensburg | 9,8 | 038 Neuruppin | 15,5 |
| 123 Hamburg | 9,9 | 922 AA Berlin-Süd | 15,5 |
| 211 Braunschweig | 9,9 | 345 Gelsenkirchen | 15,5 |
| 365 Mönchengladbach | 10,0 | 076 Oschatz | 15,7 |
| 347 Hagen | 10,0 | 042 Dessau | 15,8 |
| 127 Heide | 10,1 | 955 AA Berlin-Nord | 16,2 |
| 131 Kiel | 10,2 | 044 Halle | 16,3 |
| 098 Suhl | 10,3 | 075 Leipzig | 17,0 |
| 227 Goslar | 10,6 | 072 Bautzen | 17,3 |
| 224 Emden | 10,6 | 035 Cottbus | 17,4 |
| 234 Hameln | 10,7 | 048 Stendal | 17,5 |
| 311 Aachen | 10,8 | 070 Altenburg | 17,8 |
| 281 Wilhelmshaven | 10,9 | 046 Merseburg | 18,0 |
| 555 Saarbrücken | 10,9 | 962 AA Berlin-Mitte | 18,0 |
| 039 Potsdam | 11,0 | 034 Stralsund | 18,1 |
| 351 Hamm | 11,1 | 036 Eberswalde | 18,2 |
| 095 Gotha | 11,2 | 047 Sangerhausen | 20,0 |

**Checkliste für die Prüfung der EZ/AV
durch die Agenturen für Arbeit****Anlage 5 zu DA 1.7.3
Checkliste**

- Wurde der Vertrag sauber, handschriftlich in großen Druckbuchstaben oder in Maschinenschrift ausgefüllt?
- Wurde das Herkunftsland angekreuzt?
- Ist die Arbeitgeberadresse vollständig, einschließlich der Telefonnummer?
- Ist die Arbeitnehmeranschrift vollständig, einschließlich der Postleitzahl, Bei anonymen Vorgängen dürfen keine Angaben in diesem Zeilenbereich stehen.
- Hat der Arbeitnehmer das 18. Lebensjahr vollendet?
- Wurde die Branche angekreuzt?
- Ist eine Beschäftigungsdauer angegeben, und ist diese plausibel? Bei mehreren Beschäftigungszeiträumen dürfen die Beschäftigungsabschnitte in der Summe den rechtlich zulässigen Zeitraum von 6 Monaten im Kalenderjahr nicht überschreiten und sind in den dafür vorgesehenen Feldern in der EZ/AV anzugeben.
- Sind die Mindestvoraussetzungen zur wöchentlichen Arbeitszeit erfüllt? Zum Beispiel 30 Stunden wöchentlich an fünf Tagen, 36 Stunden wöchentlich an sechs Tagen oder 42 wöchentlich Stunden an sieben Tagen?
- Sind die Angaben des stündlichen oder monatlichen Bruttolohnes vorhanden?
- Sind die Kosten der Unterkunft und Verpflegung angegeben und plausibel? D. h. entweder kostenlos oder ein Betrag täglich, der die Höchstgrenze der Sachbezugswertverordnung nicht überschreitet; bei der Verpflegung besteht noch die Möglichkeit der Angabe "Selbstverpflegung".
- Liegt die Unterschrift des Arbeitgebers vor?
- Ist das Zusicherungsdatum vollständig angegeben?
- Wurde der Vertrag unterschrieben und mit dem Stempel der Agentur für Arbeit versehen?

Muster - Auszug -

Anlage 6 zu DA 1.7.16
Stornierungsmitteilung
(2004)

Stornierungsmitteilung Saisonarbeitnehmer/Schaustellergehilfen

Bearbeiter : Tel.Nr. : Stempel der Agentur für Arbeit:

Datum : Fax Nr.:

Die Angabe der Dienststellenummer ist **immer** erforderlich Dst.-Nr. :

Firma :

Name : Vorname :

PLZ/Ort: Datum und Unterschrift des Arbeitgebers :

Tel. Nr. :

hat folgende/n Arbeitsvertrag / Arbeitsverträge storniert :

Die Felder Jahr und Tage **nur** ausfüllen, wenn nicht der gesamte Zeitraum storniert werden soll. Die tatsächliche Beschäftigungsdauer **immer** in Kalendertagen angeben.

| | Registrier Nummer | Arbeitnehmer Name | Vorname | AN Geb. Datum | Jahr | Tage |
|----|-------------------|-------------------|---------|---------------|------|------|
| 1 | | | | | | |
| 2 | | | | | | |
| 3 | | | | | | |
| 4 | | | | | | |
| 5 | | | | | | |
| 6 | | | | | | |
| 7 | | | | | | |
| 8 | | | | | | |
| 9 | | | | | | |
| 10 | | | | | | |

Die gelb unterlegten Felder sind nur von der Agentur für Arbeit auszufüllen

ZAV 241.12
Stand 09/04